

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin N. 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Sühnow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Sorgt für Nahrungsmittel. — Erhöhung der Steuerungs-
zulagen für die Münchener städtischen Arbeiter. — Monatsbericht
vom Krieg. — Aus den Stadtparlamenten. — Notizen für Gas-
arbeiter. — Salinenarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Rund-
schau. — Totenliste des Verbandes.

Sorgt für Nahrungsmittel!

Ein Blick auf die militärische Lage Deutschlands gibt uns die beruhigende Zuversicht, daß es mit den Ver-
trümmerungsplänen unserer Gegner keine guten Wege
haben wird. Die furchtbaren Anstürme der Russen im Osten,
deren Bedeutung im deutschen Volk wohl nicht recht ge-
würdigt worden ist, weil alle unsere Blicke in der letzten Zeit
nach dem Westen gerichtet waren, sind an der zähen Tapferkeit
der Sündenburschen Truppen zusammengebrochen; im
Westen geht der Angriff auf die in und um Verdun zusammen-
gehaltenen französischen Heeresmassen seinen langsamen, metho-
dischen Gang; und auf den von den Engländern besetzten
Kontinenten steht unser Heer, wohl versorgt mit Reservem
und Munition, in gespannter Aufmerksamkeit zur Abwehr
bereit.

Auch unsere Bundesgenossen halten ihre Fronten fast an
der Stelle. Die Hoffnung unserer Feinde, namentlich
des englischen Hauptfeindes, ist zurzeit nicht sowohl der
militärische als der wirtschaftliche Sieg. Mit zynischer Essen-
t hat vor kurzem ein Engländer in der „Nation“ aus-
gesprochen, daß jetzt schon Mangel in Deutschland herrsche,
bei verstärkter Absperrung, namentlich der neutralen
Seer, nach sechs Monaten Not und noch abermals jedes
konkreten Verzweiflung herrschen werde. An dem bösen
Willen der Engländer und ihrer Verbündeten, unser Volk
zum Hunger zur Kapitulation zu bringen, ist kein Zweifel
da. Und wenn wir auch überzeugt sind, daß das brutale
Mittel der Anshungerung eines ganzen Volkes nicht zum
Ziel führen wird, so dürfen wir doch nicht leichtsin über den
Wert unserer Lage hinweggehen. Selbst ein mit allen
Mitteln durchgeführter Unterseebootskrieg kann uns zunächst
die Freiheit der Meereszufuhr nicht schaffen; wir sind und
bleiben daher auf das angewiesen, was wir im eigenen
Land erzeugen und was etwa noch über die Landesgrenzen
zu uns gebracht werden kann.

Da ist nun zu sagen, daß wir in Deutschland über viel
mehr Vorräte und Beschaffungsmöglichkeiten verfügen als
zu Beginn des Krieges abate. Unsere Lage wäre noch
besser gewesen, wenn wir nicht in der ersten Hälfte des
ersten Kriegesjahres einen starken Getreide-Erport gehabt
hätten. Nebenbei gesagt ist der Umstand, daß sogar noch im
Jahre 1911 sehr große Getreidemengen an das Ausland ab-
gehoben wurden, ein Beweis dafür, daß die deutsche Reichs-

regierung mit einem Kriege nicht rechnete, geschweige denn
auf einen Krieg hinarbeitete.

Wie die Dinge liegen, handelte es sich für Deutschland
nach der Absperrung der Seeeinfuhr in erster Linie um ein
Verteilungsproblem. Das ist, wahrscheinlich weil man nur
mit einer kurzen Kriegsdauer rechnete, im Anfang von den
verantwortlichen Stellen nicht scharf erfaßt worden. Schon
im August 1914 hat die sozialdemokratische Reichstags-
fraktion und die Generalkommission der Gewerkschaften
Deutschlands nachdrücklich darauf hingewiesen, daß es not-
wendig sei, die vorhandenen Nahrungsmittel im Lande genau
festzustellen, ihre richtige Verteilung zu gewährleisten. Aber
Monat um Monat verging, ehe die Reichsregierung, wenig-
stens beim Brotgetreide, die notwendigen Maßregeln ergriff.
Ist die Brotkarte ein unfehlbarer Erfolg gewesen, so kann
man das gleiche von den Verbänden einer richtigen Verteilung
der anderen Nahrungsmittel, namentlich der Kartoffeln und
des Fleisches, weder im ersten noch im zweiten, am aller-
wenigsten im dritten Kriegesjahre sagen. Wenn es freilich
mit Verordnungen allein getan gewesen wäre, dann würden
wir keine Schwierigkeiten mehr haben; niemals ist die
Bureaucratie mit Verordnungen und Verfügungen so frei-
geigig gewesen wie in dieser Kriegszeit, nur haben die bureau-
kratischen Mühlen leider kein Mehl gegeben. Noch immer
ist es möglich, daß Leute mit wohlgefülltem Geldbeutel sich
so ziemlich alle Genüsse materiellen Wohllebens verschaffen
können, während wenige Schritte von ihnen entfernt Minder-
bemittelte oder Arme nur mit äußerster Mühe ihren Haus-
halt in leidlicher Ordnung erhalten können.

Die äußerste Schlussfolgerung aus der Lage Deutsch-
lands, die man mit der einer belagerten Zeitung vergleichen
hat, wäre unzweifelhaft die Einführung der gemeinsamen
Speisung, möge man dabei nun an die lacedämonische
„Schwarze Suppe“ oder an die moderne „Gulakkanone“ an-
knüpfen. Es läßt sich verstehen, daß man vor diesem
Heußersten noch immer zurückgeschreckt ist, denn es würde
einen unerhörten starken Eingriff in die gesamte Volkswirtschaft
bedeuten, zahllose Existenzen geradezu der Vernichtung preis-
zugeben und ein Maß von organisatorischer Tätigkeit voraus-
setzen, dem weder staatliche noch kommunale Behörden ohne
weiteres gewachsen sind. Aber zwischen der allgemeinen Ein-
führung der Gulakkanone und dem heutigen Zustand liegen
unendliche Abstufungen, von denen mindestens eine nach allen
Regeln der Logik die zweckmäßigste Lösung der schwierigen
Frage einer gerechten und ausreichenden Verteilung der vor-
handenen Nahrungsmittel bedeuten muß. Der Vorwurf, der
den verantwortlichen Stellen mit Recht gemacht werden kann,
ist, daß sie nicht mit genügender Energie diese relativ beste
Lösung gesucht und dann auch durchgeführt haben.

Die Folgen davon sind starke und weitverbreitete Mäagen
in der Bevölkerung. In Zeitungen, in Parlamentsdebatten,
in Versammlungen, überall wird mit berechtigter Schärfe

über Schäden und Mängel, die vermieden werden könnten, geklagt. Diese Klagen haben dann wieder die Folge, daß die ohnehin in wohlhabenderen Streifen vorhandene Zucht, sich mit allerhand Vorräten „einzudecken“, d. h. also massenhaft Nahrungsmittel zu hamstern, gesteigert wird. Die Preise steigen, wo Höchstpreise festgesetzt worden sind, verschwinden die Waren mit erstaunlicher Schnelligkeit vom Markt, dem Käufer und dem Verkäufer sind Tür und Tor geöffnet. Namentlich hat sich aber die sehr üble Tatsache ergeben, daß ein starker Gegensatz zwischen den Verhältnissen auf dem platten Lande und denen in den Städten, namentlich den Großstädten und den großen industriellen Zentren, gebildet hat. Wir brauchen bloß auf die erhebliche Zunahme der Hauseladungen bei gleichzeitigem Lebensmittelmangel hinzuweisen, wenn man auch nicht alles kritisch glauben muß, was als Gerücht umgeht, so bleibt doch jedenfalls die Tatsache bestehen, daß auf dem Lande starke Lebensmittel- und Vorräte an anderen Lebensmitteln in Reserve gehalten werden, während hingegen in den Städten manche Dinge gar nicht, andere nur in ungenügender Menge und zu übertrieben hohen Preisen käuflich sind. Wenn nichts Durchgreifendes geschieht, werden die Verhältnisse nicht besser, sondern in naher Zukunft noch schlechter werden. Jedenfalls haben wir mit einer noch weit einschneidenderen Fleischknappheit zu rechnen, sobald die Natur erst wieder den Weidgang des Viehes gestattet. Denn der Mangel an genügenden Futterstoffen hat immerhin zu einer starken Einschränkung der Viehhaltung geführt, die sich in einem relativ hohen Auftrieb, namentlich von Milchvieh, auf den städtischen Vieh- und Fleischmärkten bemerkbar machte. Sobald erst wieder Grünfütter vorhanden ist, werden die Landwirte schon im Hinblick auf die hohen Milchpreise, auf die Notwendigkeit der Düngerverproduktion und aus anderen Gründen mit dem dann wieder leichter durchzubringenden Vieh zurückhalten.

Das führt uns auf das Grundproblem unserer Nahrungsmittelversorgung. Stellte es sich im Anfang, wie gesagt, in erster Linie als Verteilungsproblem dar, so ist damit die Sache noch keineswegs erledigt, vielmehr tritt das Erzeugungsproblem immer mehr in den Vordergrund. Protokarte, Fleischkarte, Fettkarte, kurzum: Verteilung des Bedarfs ist eine Selbstverständlichkeit. Aber verteilt kann nur werden, was vorhanden ist. Es kommt also darauf an, oder es wäre darauf angekommen, auch eine Regelung der Erzeugung von Anfang an zu versuchen. Daß an eine kommunalistische Produktion unter heutigen Verhältnissen nicht gedacht werden kann, liegt auf der Hand. Man muß an das Vorhandene anknüpfen. Und da wäre es unzweifelhaft geboten gewesen, sofort, als das Nahrungsmittelproblem als die eigentliche Kernfrage unserer Widerstandsfähigkeit in diesem Kriege anerkannt wurde, geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Um die Erzeugung anrechtzuerhalten und die gleichmäßige Versorgung der ganzen Bevölkerung mit den landwirtschaftlichen Produkten sicherzustellen, müßte das ganze

flache Land in kleine Verwaltungsbezirke, von denen jeder einzelne vielleicht nur drei oder vier Produktionsstätten (Bauernhöfe, Güter, Gärtnereien usw.) umfaßt, aufgeteilt werden. An die Spitze eines jeden dieser kleinen Bezirke wäre eine verantwortliche Vertrauensperson, ein Mann oder eine Frau, durch die öffentlichen Behörden zu berufen. Es ist ganz selbstverständlich, daß ein Bauer oder eine Bauersfrau genau wissen, was durchschnittlich in Friedenszeiten an Getreide, Kartoffeln, Vieh, Butter, Eiern, Gemüse und sonstigen Produkten von den einzelnen Höfen auf den Markt gebracht worden ist. Wegen des Mangels an Arbeitskräften, wegen der schlechten Düngung und aus anderen Gründen ist in dieser Kriegszeit mit einer Verminderung der Erzeugung zu rechnen; sagen wir, daß durchschnittlich 10-20 Prozent weniger als im Frieden erzeugt würden. Pflicht des Vertrauensmanns der kleinen wäre, dann dafür verantwortlich einzustehen, daß wenigstens der Rest wie in Friedenszeiten auf den Markt gebracht wird. Jede Verminderung der Erzeugung, abzüglich der Kriegsminderung, müßte mit strenger Strafe geahndet werden.

Zwingt man so die landwirtschaftlichen Urproduzenten, alles, was in ihren Kräften steht, herbeizustellen und für den Absatz bereitzuhalten, so muß man ihnen auf der anderen Seite natürlich auch die Abwehrkräfte geben. Es müssen also öffentliche Stellen eingerichtet werden, an die die Landwirte jederzeit ihre Produkte zu festgesetzten Höchstpreisen loswerden können. Die Höchstpreise sollen so berechnet sein, daß sie den Landwirten einen guten Gewinn lassen.

Auf diese Weise wäre die Menge der vorhandenen und der zu erwartenden Nahrungsmittel in kürzester Frist festzustellen, und auf dieser Grundlage könnte die Verteilung nach dem Bedarf ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden.

Eine solche Zerlegung des gesamten Reichsgebietes in ganz kleine Verwaltungsbezirke, vielleicht sogar Leibverwaltungsbezirke, ermöglichte auch die Anpassung an die sehr veränderlichen lokalen Verhältnisse, so zwar, daß Produzenten und Konsumenten in letzter Linie alle zu ihrem Recht kommen.

Hätte man — doch es ist noch nicht so spät, also sagen wir: wird man auf diese Weise verfahren, dann werden wir auch die Schwierigkeiten, die England uns durch die rücksichtslose Abwertung vom Weltmarkt bereitet hat, überwinden und, wie militärisch so auch wirtschaftlich den Sieg gewinnen, der uns die Sicherheit der nationalen Existenz und die Möglichkeit einer freien Entwicklung unseres Volkstums bringen muß.

Dr. A. Südekum.

Wir müssen nach den bisherigen Erfahrungen daran zweifeln, daß die Regierung eine durchgreifende Maßnahme trifft, wie sie in Vorliegendem empfohlen wird. Deshalb ist es Pflicht der Arbeitervertreter in Stadt-, Landes- und Reichsparlament energisch darauf zu drängen, daß die neue Ernte nicht wieder zu neuem Hunger für Produzenten und Handel weiteren Anlaß gibt.

Erhöhung der Steuerzuschläge für die Münchener städtischen Arbeiter sowie die Gewährung von Beihilfen an die Pensionäre.

Anfang Januar verlangte die Aktive Müncher in einer Eingabe an die hiesigen Behörden die „Erhöhung und Aufhebung der Steuerzuschläge nach folgenden Angaben“:

1. Die den verschiedenen Gewerkschaften und Beamten höher gewählte Steuerzuschläge von monatlich 9 Mk. soll auf monatlich 15 Mk. erhöht und bis zu einem Jahresanfang von 2000 Mk. gezahlt werden. 2. Der gleiche Zuschlag soll außer der Lohn- und allmählichen Arbeitern und Angestellten mit Unterhaltspflicht, auch den Witwen und Waisen mit einem monatlichen Gehalt gewährt werden. 3. Zahlung der Steuerzuschläge von 1,50 auf 2,50 Mk. pro Kind und Monat. 4. Erhöhung und Zahlung einer Steuerzuschläge

von monatlich 10 Mk. an alle ledigen und alleinstehenden Arbeiter und Arbeiterinnen ohne Unterhaltspflicht bis zu einem Jahresanfang von 2500 Mk. anzusetzen. Zahlung des Zuschlags auch an die verschiedenen vorerwähnten Arbeiterinnen mit Gehalt bis 1000 Mk. bis zu dem höchsten Jahresanfang. 5. Zahlung der Steuerzuschläge in monatlichen Raten auf die jeweilige Lohn- und Gehalt. 6. Ausprägung der Steuerzuschläge in letzten Sonntag im Monat. 7. Der neue Steuerzuschlag ist mit Wirkung vom 1. 3. oder 1. 4. 1916 in Kraft treten.

Während der gesamten Dauer war eine besondere Begründung der gestellten Forderungen nicht möglich. Nur hinsichtlich der Einkommensgrenze war zu bemerken, daß durch die Senkung der

des Einkommens die Ermäßigung sämtlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in die Teuerungszulagen ermöglicht wird, was wir für dringend nötig halten. Angehts der früheren Bestimmungen, denen zufolge die Einkommensgrenze nur auf 1200—1110 Mk. bei den ledigen und 2130 Mk. bei den verheirateten Arbeitern festgesetzt war, traf dies nicht zu. Die verwitweten Arbeiter und Arbeiterinnen zählten zu den Ledigen, was ebenfalls nicht den tatsächlichen Verhältnissen entsprach. In der Regel haben Witwen und Wöchner einen eigenen Haushalt, d. h. eine größere Wohnung, als dies bei Ledigen der Fall ist, und demzufolge auch höhere Aufwendungen. Meist muß denn von den erwachsenen Kindern eines den Haushalt führen und wird so vom selbständigen Gewerbe abgehalten. Verheiratete städtische Arbeiterinnen hatten ursprünglich überhaupt keinen Anspruch auf Teuerungszulagen, es sei denn, daß sie als Haupterhalterin der Familie in Frage kämen. Dieser Nachweis mußte durch eine Besätigung des Bezirksinspektors erbracht werden, was nicht immer gelang. Soviel uns bekannt wurde, hatten die Bezirksinspektoren überall da, wo der Ehemann Verdienst hatte — ohne Rücksicht auf die Höhe und die Art des Einkommens — es verneint, die Frau als Haupterhalterin zu bezeichnen. In Krankheitsfällen, ließ es bisher, wird die Teuerungszulage solange erteilt, als Gehalt und Lohn weiterbezogen wird. Hier hat sich herausgestellt, daß die Arbeiter gegen über den Beamten ungünstiger dastehen. Bei den Arbeitern erbricht sich die Lebensführung in Krankheitsfällen nach der jeweiligen eigenen Dienstzeit, was bei den Beamten nicht der Fall ist, da diese ohne weiteres das Gehalt auf die Dauer eines halben Jahres festgesetzt erhalten. Zum Schluß war notwendig, die Auszahlung der Teuerungszulagen am Schluß des Monats zu verlangen, um die Arbeiter dadurch in die Möglichkeit zu versetzen, die Wohnungsmiete rechtzeitig besichtigen zu können.

Die gestellten Anträge waren also sehr wohl erwogen und stützen hinsichtlich der gesamten Erörtern das mindeste von dem, was angesichts der Teuerung dringend nötig war. In richtiger Würdigung der Sachlage haben denn auch die städtischen Behörden zum überwiegenden Teil den gewünschten Wünschen entsprochen. Nach den gestellten Beschlüssen sieht die Neuregelung der Teuerungszulagen — die in der Hauptsache ein Kompromiß der Parteien darstellt — wie folgt aus:

1. Ledige männliche Personen bis zu einem Jahreseinkommen von 1800 Mk. einschließlich erhalten eine Teuerungszulage von 9 Mk. im Monat;
2. Ledige weibliche Personen bis zu einem Jahreseinkommen von 1110 Mk. einschließlich bekommen ebenfalls eine Teuerungszulage von 9 Mk. im Monat;
3. Verheiratete Personen mit einem Jahreseinkommen bis zu 2630 Mk. einschließlich erhalten eine Teuerungszulage von 15 Mk. im Monat;
4. für jedes Kind unter 16 Jahren — ohne Beschränkung der Kinderzahl — wird eine Zulage von 3 Mk. im Monat gewährt;
5. Beamte mit einem Jahresgehalt von mehr als 3000 Mk. und weniger als 5000 Mk. erhalten, falls sie mehr als 2 Kinder haben, für das dritte und jedes weitere Kind eine Zulage von 4 Mk. im Monat unter Wegfall der Erwachsenenzulage;
6. Die Erhöhung der Teuerungszulagen tritt ab 1. Januar 1916 in Kraft.

Weiter erheben die Ausschussbeschlüsse hinsichtlich der folgenden Wünsche folgende Erweiterung:

1. Die Prüfung darüber, ob in einzelnen Fällen die Voraussetzungen der § 5 gegeben ist, d. h. ob eine verwitwete weibliche Person als Haupterhalterin in der Familie in Betracht kommt, hat durch das zuständige Referat zu erfolgen. (Also nicht mehr durch die Bezirksinspektoren.)
 2. Die Auszahlung der Teuerungszulagen soll nach Verlauf des betreffenden Monats, eventuell am letzten Zahlungstag zu erfolgen.
 3. Im Falle der Erkrankung wird die Teuerungszulage solange bezahlt, als das Arbeits- bzw. Lohnverhältnis überhaupt dauert, jedoch unter der Voraussetzung, daß 2/3 des Arztkosten und Teuerungszulagen zusammen den letzter besagten Betrag einschließlich Teuerungszulage nicht übersteigen. Alle übrigen Bestimmungen bleiben unverändert.
- Die ganze Sachlage und Neuordnung der Teuerungszulagen stellt sich fast ausschließlich mit den von uns gestellten Anträgen, zur Befriedigung der Ledigen Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie der Witwen und Wöchner, die man nicht ganz unseren Wünschen nach

getragen. Bezüglich der verheirateten städtischen Arbeiterinnen bleibt jetzt die Prüfung der Verhältnisse dem Referat vorbehalten. Wir haben an dieser Stelle das feste Vertrauen, daß sie die anfallenden Gesuche in wohlwollender Weise prüfen und berücksichtigen wird; am liebsten allerdings wäre es uns gewesen, man hätte, wie beantragt, den verheirateten städtischen Arbeiterinnen die Teuerungszulage gegeben, wie sie für die Ledigen festgesetzt wurde. Ist aber auch nicht alles so gegangen wie wir wünschten, so stellt dennoch die neue Regelung eine wesentliche Verbesserung der bisherigen Verhältnisse dar. Den städtischen Arbeitern und Arbeiterinnen bleibt es jedoch unbenommen, unter fernerer Beobachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse und der Mängel, die sich in der Handhabung der Teuerungszulagen herausstellen, durch entsprechende Anträge zu beseitigen; vorausgesetzt natürlich, daß die dringend nötige Geschlossenheit vorhanden ist.

Die finanzielle Seite der Teuerungszulagen stellt sich nun wie folgt: Die bisher gewährten Teuerungszulagen erforderten einen Jahresaufwand von 613 000 Mk.; die Erhöhung und Neuerrichtung kostet für die Beamten 318 16 Mk. und für die Arbeiter 323 952 Mk., zusammen also 672 768 Mk. mehr im Jahr. Dazu kommt noch ein Betrag von 197 000 Mk. für die Nachzahlung der bewilligten Erhöhung ab 1. Januar 1916, so daß die Neuregelung einen Jahresaufwand von 779 768 Mk. erfordert. Rechnet man die außerdem notwendigen 613 000 Mk. dazu, welche für die alten Sätze notwendig sind, so ergibt sich eine jährliche Ausgabe für Teuerungszulagen von 1 402 768 Mk., den die Stadt auf Grund der Anträge des Verbandes zur Verrückung der städtischen Arbeiter und Beamten bereitstellen hat; dies ist gleichbedeutend mit einer Umlagerhöhung von mehr als ein einhalb Prozent. Diese Aufwendungen werden von der städtischen Arbeiterschaft sicher gewürdigt und anerkannt.

Neben den Teuerungszulagen für die städtischen Arbeiter und Beamten erfolgte auch eine Verrückung der Pensionäre und der Witwen. Die Zuwendung soll jedoch nicht den Charakter einer Teuerungszulage tragen, sondern ist als reine Unterstützung zur Pension gedacht, welche unter folgenden Bedingungen gewährt wird:

Den in den Ruhestand versetzten Beamten und Arbeitern bzw. deren Hinterbliebenen werden, sofern sie in München wohnen und die Bedürftigkeit nachgewiesen wird, in Berücksichtigung besonderer durch die Kriegsteuerung hervorgerufenen Notlage, jedoch unter Ausschlüßlicher Abrechnung jeglicher Kontingenten für die Zukunft, jederzeit widerverpflichtete Zuschüsse in nachstehender Höhe gewährt:

1. den ledigen städtischen Arbeitern, Arbeiterinnen, Beamten und Lehrern bei einer Rente bis einschließlich monatlich 100 Mk. bzw. Pension bis einschließlich 125 Mk. monatlich 6 Mk.;
2. den verheirateten pensionierten städtischen Arbeitern, Arbeiterinnen, Beamten und Lehrern bis einschließlich 125 Mk. Rente bzw. 150 Mk. Pension monatlich 8 Mk. und für jedes Kind unter 16 Jahren monatlich 1 Mk.;
3. allen Witwen städtischer Arbeiter, Beamten und Lehrer bei einer Witwenrente bis einschließlich monatlich 60 Mk. bzw. Witwenpension bis einschließlich 80 Mk. monatlich 5 Mk. und für jedes Kind unter 16 Jahren monatlich 1 Mk.

Die Durchführung dieser Anträge erfordert unter Berücksichtigung der nach in München wohnenden Beamten 20892 Mk., für die außerdem die Renten aus dem Versorgungsfonds beziehen, 13218 Mk., mit in einer Jahresbetrag von 33110 Mk. Bei der Durchführung dieser Bestimmungen sind nun unterschieden müssen zwischen denjenigen in München ledigbärtigen Arbeitern, welche erst als Pensionäre in München wohnen bzw. und dergleichen Arbeitern, die von jenen, außerhalb Münchens im Dienste der Stadt gestanden haben. Es handelt sich da um die Arbeiter, welche bei der Entlassung in Italien beschäftigt waren, und um jene, die im kaiserlichen Schutzdienst in Moskau arbeiten. Letztere Gruppen wird man angesichts ihres auswärtigen Wohnortes verhältnismäßig nicht unter die oben besagte Wohnungszulage rechnen können. Hinsichtlich der Bedürftigkeit wird besonders bei den pensionierten Arbeitern und Witwen nicht zu streuen sein, da deren Pension zum weitesten großen Teil wesentlich hinter den eigenen Grundbesitz.

Alles zusammengekommen, kann der insoweit erzielte Erfolg befriedigend. Hoffentlich geben die Organisations- und die Wahlmannen daraus die dringende Empfehlung und bitten zum Verbands-

S. Weiß.

Monatsbericht vom Krieg

Berlin, den 1. Mai 1916.

Wenn wir zunächst wieder den militärischen Vorgängen im April unsere Aufmerksamkeit schenken, so liegt auch jetzt noch der Schwerpunkt aller strategischen Maßnahmen vor Verdun. Hier wurden in der ersten Hälfte des Monats neue gewaltige deutsche Angriffe, besonders am linken (Wein-)Ufer der Maas vorgetragen mit ziemlichem Erfolge. So hatte sich bis 23. April die Gefangenenzahl auf über 10000 erhöht. Die sonstigen französischen Verluste bei Verdun sind mindestens doppelt so groß, und auch von deutscher Seite sind die „erraubten“ Verluste sehr enorm. Das mag wohl unbestimmend gewesen sein, die weiteren Sturmversuche im letzten Drittel des April fast ganz einzustellen, doch kann der Gesamtanzahl jeden Augenblick wieder in Trümmern ausarten. Da die Franzosen bereits über 600000 Mann dort einsetzten, ist den der vielveränderten französischen Frühjahrsoffensive nicht mehr die Rede. — Die Apertivenne der Massen in eine jeden Erfolgs getrieben. Man rechnet hier auf rundlich 140000 Verluste. Noch in den letzten Tagen des Monats (28. April) gelang es deutschen Truppen, infolge des Karoczi's russische Stellungen zu nehmen und 5000 Gefangene, 1 Geschütz, 2 Maschinengewehre zu erobern. — Die italienische Front der Ostereider ist unerschütterlich, ja, es gewann zeitweilig den Anschein, als wolle man über Doerde in die lombardische Tiefebene vordringen, denn es sind verschiedene italienische Besatzungen (einmal mit 600 Gefangenen) neu eintreten. — Die Türken verloren am 18. April den wichtigen Hafen Trapezunt (50000 Einwohner) am Schwarzen Meer. Inzwischen ist der russische Kommandant in den hohen Bergen bald zum Stillstand gekommen. Günstiger für die Türken sieht die Schlacht im Drauf am Taurus aus. Es gelang nicht, das eingeschlossene englische Heer in Mat el Amara zu entsetzen, gewandt wurden die englischen Entlastungstruppen unter großen Verlusten zurückgezogen. Am 20. April mußten sich nach 14-tägiger Belagerung die englisch-indischen Truppen übergeben. Es waren noch 13000 Mann! Der Oberbefehlshaber dieser türkischen Armee, Feldm. v. d. Goltz, stand im 73. Lebensjahre nach schlagartigem Arterienanfall am 20. April um wenige Tage vor diesem türkischen Erfolg. In der Nähe des Zweystrahls haben die Türken erfolgreiche Geplänkel anzuweisen. Doch scheint die englische Flotte in Kämpfen prober als angenommen wurde. — Auf dem Balkan herrscht laufende Ruhe. In Saloniki wird noch immer aus- und eingehend man kämpft jetzt die Entente-Truppen auf 200 000 Mann. Die russisch-deutschen Truppen seien an der Grenze von Gornal im Monat auf der Wacht. Die Italiener seien nachdringender Zeichen und in Valena eingesperrt. Auch hier scheint jede Anstrengung zu ruhen. Die Verluste der Entente, die zwischen Salona von Patras bis Saloniki zum Donauufer hinüber zu führen, scheiterten bis jetzt an einem unüberwindlichen Gegenstande, das seine bisherige Stellung festhalten zu können ist. In der ersten Aprilwoche haben fast alle Städte der Städte Englands Kämpfe, und in Interesse jedoch des Krieges bis Ende des Monats, so daß der Schutz und der Schutz der Städte sind von allen Anstrengungen. Das nun einmal zum „Einf“ dieses Krieges gehört. In den letzten Monaten haben diese deutsche Angriffe die englische Seite bedrückt und außerdem verschiedene strategische Punkte auch den „Einf“ (Einführung), deren Bedeutung hervorzuheben die Rettung der „Einf“ (Einführung) erachtet. Auf die deutsche Seite in den Anstrengungen kein Anstrengung, schlagende gefolgt. Der U-Boottorpede wieder noch immer und hat wieder furchtbar unter den englisch-französischen Handelschiffen aufgeräumt. In der ersten Hälfte des April allem 81000 Tonnent! So sieht die Kammer der Reichstagen und die Anstrengung der U-Boottorpede. Am Ende des April verlor sich, daß der Widerstand der Reichstagen alle notwendigen Vorkosten für den Fortschritt zu tragen können. Das englische Kaiserthum „Mann“ von 11000 Tonnent ging Ende April im Mittelmeer auf gute Wege und fast 6000, ...

Die Kasse und Verwaltung der politischen Ereignisse im April ist unerschütterlich. Vor allem ist durch die neue amerikanische Note der Zustand der diplomatischen Beziehungen — und damit der Kriegszustand! — in gewaltiger Weise verändert. Die deutsche Anstrengung hat im Moment noch aus. Wir hoffen noch, daß die neue Note nicht, ganz einfach ist sie nicht, weil die neue Note nicht nur ein Ausdrück der gegenwärtigen Methode des U-Boottorpede gegen Passanten und Handelschiffe, sondern den „Einf“ daß anders handelt als die deutsche Regierung. In dem was wir wünschen, daß die Regierung nicht die Entente erkennen soll, denn — trotz Anstrengungen und anderer Bemühungen — würde der Krieg mit Amerika abgebrochen sein mit unannehmbaren Verlängerung des Krieges und unbestimmtem Ausgang. In Deutschland ist das Gesetz vom 1. April v. 1916 in Kraft getreten. In Deutschland ist die „Arbeitspflicht“, in welcher es für ein „Arbeits“ Polen, Litauen und Ostland eintritt, sowie für Belgien „reale Garantien“ der

deutschen Sicherung festlegen wird. In zwei trefflichen Reden gaben Ebert und Scheidemann (6. und 7. April) die Meinung des arbeitenden Volkes wieder, während Haase für die „Arbeitsgemeinschaft“ sprach. Das Auslandsdeutsche dieser Reden ließ einen Augenblick Friedensstimmung erhaschen, sie scheint aber gegenwärtig unter dem Druck der amerikanischen Note völlig verweht. Man wird nach 21 furchtlichen Kriegsmoenten so befinden, daß man den einst viel gerühmten „gesunden Menschenverstand“ gar nicht mehr zu Rate zieht! — Doch unsere Gegner gleichfalls in furchtbarem Leid sind, beweisen zahlreiche Ereignisse des April. Da ist die ewige Wehrpflicht, gegen die leitende englische Minister Asquith bislang alles aufbot und die nun doch kommen dürfte, nachdem eine heftige Krise das englische Ministerium durchdringt. In Irlands Hauptstadt Dublin tobt gar die irisch-nationale Revolution gegen „den 700-jährigen Tyrannen“ England, das wer laßt da? die Welt bereiten will vom „preussischen Militarismus“. Ach, wenn's doch wäre! mühten wir nach einem bekannten Vers rufen, indesten anders als Herr Asquith meint. Wir selbst werden in harter Friedensarbeit den Kampf um unsere Reformen führen müssen, genau wie englische und französische Arbeiter in ihren Ländern. — Holland fühlte sich in der Mitte April durch englische Heberumpelungspläne und mobilisierte alsbald in erhöhtem Maße. Wie verlautete, wer ein ernstlicher Vorstoß nach Deutschland und Antwerpen über Holland geplant. Ob's wirklich so war, bricht wohl erst die Friedenskommission am den Tag. — Der italienische Kriegsminister Zupelli dankte am 5. April ab. Es ist jetzt ein recht harter Verhältnis, an Ministern. Aber der Krieg droht weiter. Sonnino redete wieder einmal, ohne was neues zu sagen. Die erwartete Kriegserklärung an Deutschland erfolgte nicht, ebensowenig konnten italienische Truppen nach Frankreich. Dafür sind aber gegen 15000 Mann in Marseille gelandet. Das ist für Verdun ein Nutzen knapp. — In China hat Nordchina am 6. April auf die Kaiserwürde verzichtet, weil — ihm die Fronten zu hoch wurden. — Etwas Erfreuliches: Der rumanisch-deutsche Handelsvertrag wurde am 7. April 1916 abgeschlossen. Damit sind 100000 Bagdad Passen usw. gesichert. Noch bedeutungsvoller ist die politische Frontlinie. Bei allem wird die Situation in Deutschland dank der Unverträglichkeit weiter Kreise der Produzenten und des Handels immer ungemühter, um nicht zu sagen landstürmer. Wann erhebt uns hier ein „Sturm“, eine Art innerer Stürmung, der die gesamten Verordnungen einanderfindet, sie verbrennt und inhumanität, Verschlagnahme, Verteilung und Preisregelung auf eine neue vernünftige Basis stellt! Soll der Weltkrieg wirklich im vielgerühmten Land der Organisation ein so laudables Geschäft finden, daß hier alle Klagen erdummes verfallen am Bucherwillen der Händler und Händler? Die Vertreter der deutschen Wirtschaft im Parlament mögen ihren gegenständlichen Daten auf diesem Gebiet zusammenfassen! Denn es ist wirklich genug des ortsamen Spiels.

Rus den Stadtparlamenten

Dresden. In einer Verhandlung der Arbeiterausstände mit dem Aste wurde beschlossen, in diesem Jahre den vollen Sommerurlaub nach den Bestimmungen der Allg. Arbzt. Gldg. zu gewahren. In dieser Verhandlung wurde auch die Frage Abkürzung der Arbeitszeit und Fortgang des Arbeitsverhältnisses bereits am 5. Uhr ammittags ohne Vorkaufung besprochen. Die Vertreter des Astees haben ihre Zustimmung beim Gesamtste zu.

Meißen. Den händischen Arbeitern wird in diesem Jahre der volle Sommerurlaub nach den Bestimmungen der Arbeitsvermittlung gewährt. Die vom Arbeiterausstand besprochene Einbuße der Lohnempfindung wird dem Gesamtste beigefügt werden.

Wörth. Zahlreiche händischen Arbeiter und Beamten erhielten bisher täglich 20 Pf. und für ihre Angehörigen täglich je 10 Pf. als Futterauszahlung, und zwar für sieben Tage in der Woche. Seit dem 1. April ab die Zulage für den Arbeiter auf täglich 25 Pf. und für seine Angehörigen auf je 15 Pf. erhöht worden. Die Arbeiterfamilien erhalten den gleichen Zuschlag zu ihren sonstigen Unterhaltungen.

Sof i. B. Die am 31. Januar dieses Jahres beschlossene erhöhte Futterauszahlung hat schon von der jüngsten der händischen Arbeiter eine Beschränkung erfahren und sieht jetzt wie folgt aus: Sowohl alle Beschäftigten eines Tagewerkes unter 7 Kl. haben zu Beginn, Fernwärter ohne Mutter 6, Fernwärter mit eigenem Haushalt 7, ein händische Arbeiter 9, mit einem Mund 10, mit 2 Kindern 12, mit 3 bis 4 Kindern 14, mit 5 bis 6 Kindern 16, und an Arbeiter mit mehr als 6 Kindern 18 Mk. pro Monat. Wenn das Einkommen mit Zuschlag 2100 Mk. übersteigt, werden diese 18 Pf. Die Zulagen sind vom 1. April ab rückwirkend.

Kriegerehrerb. Auf den Antrag unserer Anstalt befindet der Gemeinderat, den Gemeindeführern ab 1. April eine Futterauszahlung von wöchentlich zwei Mark bis zu der in absehbarer Zeit in Aussicht stehenden Einführung des neuen Lohnsystems zu gewähren.

Notizen für Gasarbeiter

Mugsburg. Die offizielle Uebergabe des neuen Gaswerkes an die beiden Städtischen Kollegien geschah am 17. April d. J. durch den Vorsitzenden des Verwaltungsrates der städtischen Gasanstalt, Herrn Bürgermeister Gantner. Er entwickelte kurz die Geschichte der Entstehung dieses prächtigen Werkes, welches in einer dreijährigen Bauzeit nach verschiedenen Verzögerungen dem Betrieb übergeben werden kann. Das Werk kann zurzeit täglich 50.000 Kubikmeter Gas, jährlich 10 Millionen Kubikmeter, liefern, während die alten Werke täglich mit Einschluß von Wasser gas nur 38.000 Kubikmeter liefern konnten. Für einen zweiten Ausbau sind alle weiteren Vorbereitungen getroffen, so daß das Werk ohne hässliche Minderung auf die doppelte Produktion gesteigert werden kann. Die Kosten des Werkes belaufen sich auf 5.212.000 Mk. Ein Gutachten der Lehr- und Versuchsanstalt Karlsruhe stellt fest, daß die Leuten - Rühr-Polypenstrome - mehr leisten, als von der Firma Rühr garantiert wurde. Von den jetzt aufgelassenen alten Werken wurde das Werk in der Johannes-Baagstraße 1818 und das neuere Werk an der Raditzstraße 1863 erbaut, später von der Stadt samt dem Stadtbereich, den Gasmetern und der Straßenbeleuchtung und den beiden Anwesen im Apotekergraben und in der Plumerstraße um den Preis von rund 2 Millionen Mark erworben. Diese Anlagen erwiesen sich durch die stark anwachsenden Ansprüche der Stadt und der eingemeindeten Vororte als unzulänglich. Der Gasverbrauch war vom Jahre 1907 bis 1911 von 5,8 auf 6,8 Millionen Kubikmeter gestiegen und ist neuerdings bis zum Jahre 1915 auf 8 Millionen Kubikmeter angewachsen. Der gesteigerte Gasverbrauch konnte nur mehr mit Hilfe des Wasser gasses aufgebracht werden. Das Rühr-Polypenstrome soll nach mehreren von Mugsburg eingeholten Gutachten gegenüber dem Rührer-Nummerofenstrome den Vorzug erhalten haben. Daher auch die Einbauung dieses Strome in Mugsburger Gaswerk. Für unsere Arbeitssachen ist nicht uninteressant, zu erfahren, welche Arbeitskräfte in diesem neuen Werke gegenüber den alten aufgeschlossenen Werken tätig sind. Dazu schreibt die „Schwäbische Volkszeitung“ unter anderem folgendes: „Dem Zweck der Mechanisierung der Arbeit folgend ist von modernsten Transportanlagen, sowie des wirtschaftlich gerechtfertigten, Gebrauch gemacht. Die früher viel Zeit und Arbeitskräfte erfordernde Entleerung der Kohlenwaggons und Lagerung durch Menschenhand vollzieht sich heute mittels zwei Stunden und benötigt als Bedienung nur jetzt bis drei Mann. Auch in die Augen springender zeigt sich dieser Unterschied des neuen und alten Betriebes bei den Leuten, in denen die Motile einzutritt wird. Entzweit stehende, 5 Meter hohe, je 600 Kubikmeter große stehende Motoren aus feinstem Material werden zu je zwei in einem Leuen vereinigt, durch ein in Motorenrotoren eingetauchtes Generatorgas stündlich auf etwa 1200 bis 1300 Grad Celsius erhitzt. Zwei Mann oben auf dem Leuen besorgen durch einfaches Zeichnen der Fedel und Ziehen von Schiebern das Füllen der Motoren mit Motile aus den darüberliegenden Mestlerbehältern. Nach zwölftündiger Entgasung öffnet ein Mann unten an den Leuen die unteren Verschlussdeckel der Motoren und der inwendigen durch die Entgasung der Motile entzündete Motile fällt entweder in eine Motilene, die in ständiger Bewegung den Motil mitnimmt, abläßt und der Motilformensanlage zuführt, oder soweit der Motil zum Ziehen der Leuen notwendig ist, in glühenden Zustand unmittelbar in die unter den Motoren liegenden Generatoren; letzteres ein dem Rühr-Polypenstrome eigentümlicher Vorzug. Die Uebersicht nach diesem System liefert verhältnismäßig mit sieben Leuen und sechs Mann Bedienung in 24 Stunden 5.000 Kubikmeter Gas. Auf den beiden alten Werken zusammen lieferten 17 Leuen mit etwa 70 Mann Bedienung in 24 Stunden nur 21.000 Kubikmeter Gas. Den Gasanlagen an 2. Dienstleistungen sind schon allerdings erhebliche Kosten für die Transportleistungen gegenüber, die höhere Aufwendung für Verpflanzung und Abwässerung erfordern. Je mehr sich aber der Gasverbrauch ausdehnt, desto mehr und je mehr die Einrichtungen des Gaswerkes in ihrer Leistung ausgenutzt werden, desto mehr werden sich auch die Verpflanzungskosten des Gases ummehren, so daß auch der Reine der Subvention der Gaspreise nachzutreten werden kann.“ Die Leuen sind nicht alles wieder in Uebersicht. Die Motilensandlung, die früher nur von 10 bis 12 Mann besorgt wurde, vollzieht sich im neuen Werk in zwei bis drei Stunden täglich und noch dazu mit zwei bis drei Mann. Sechs Mann erzeugen in 24 Stunden mit sieben Leuen mehr Gas, als vorher 70 Mann mit 17 Leuen erzeugen konnten. Die Uebersicht ist, daß die neuere Konstruktion dieses Rühr-Polypenstroms die menschliche Arbeitskraft durch die erwähnte Mechanisierung zum großen Prozentsatz ersetzt. Tauchen Vork nicht einzuwenden, wenn an dieser weiteren technischen Weiterentwicklung die noch in diesem Werk tätigen Arbeiter einen Anteil hatten insofern, als ihnen bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zufließen würden. Man hat zwar gehört, mit wie wenig Arbeitskräften so und so viel Gas produziert werden kann, beruht aber dabei ganz, wie bei dieser wenigen Arbeiter abstrahieren müssen. Die Intensität der Arbeit an den Leuen im neuen Werk ist zwar nicht mehr so lang andauernd anstrengend wie in den

alten Werken, dagegen aber bei Ein- und Entladung der jetzigen Leuen unabweislich. Und dennoch hat man bei der Inbetriebnahme des neuen Werkes gegenüber den Arbeitern die Verpflanzungen nicht eingeleitet. Seit langen Jahren tröstete man die Gasarbeiter bei ihren Forderungen auf das neue Werk. Im alten Werk werde auf dem Lohn- und Arbeitsgebiet nichts mehr erreicht, so hieß es damals; jetzt beim neuen Werk denkt kein Mensch von den verantwortlichen Personen mehr an die Arbeiter. Bei Uebergabe hat man die Leistungen in den Vordergrund gestellt, während die Schattenseiten im Vordergrund blieben. Es wäre höchste Zeit, wenn die längst überlebte Feuerzählung verschwinden und an deren Stelle ein feiner Tagelohn gesetzt würde. Nicht zuletzt sind die jetzigen Gasarbeiter selbst mit schuld, die sich für die Zukunft anlegen sein lassen möchten, zuerst ihre Organisation zu stärken, damit die noch anhaftenden Mängel durch Geschlossenheit und Einigkeit der Arbeiter beseitigt werden können.

Salinenarbeiter

Hofenheim. Man schreibt uns: „Ein neuer Besen kehrt gut“, sagt ein altes Sprichwort. Der Rentant Möder in zwar schon mehrere Jahre in der königlichen Saline in Hofenheim als Rentant beschäftigt, wäre also nicht mehr so neu, und hat denn auch vor kurzem mit einem neuen Wirkungstreis übertragen erhalten, in dem er schon am ersten Tag seine Schneidigkeit zeigte. Herr Möder ist zum Aufseher befördert worden. Diese Tätigkeit ist noch nicht von langer Dauer, aber um so wirksamer in der Ausübung. Die Aufseherei erstreckt sich nur auf die Montagvormittage. Sie fällt also in die Zeit der Montagstimmung und muß der kurzen Zeit halber reichlich ausgegütet werden. Was an Schneidigkeit fehlt, ersetzt der Herr Rentant durch tatsächliches Eingreifen. Als Beweis möge nachfolgender Vorfall dienen: Am 10. April hatte der Herr Rentant vormittags die Aufsicht über die Pfanneneintrocknung. Dabei ging ihm die Arbeit zu langsam. Er sprang daher in die Sudpfanne, um einem 50-jährigen Arbeiter mit voller Wucht die Schaufel aus der Hand und rief ihm so gegen die Götter, daß derselbe zehn Minuten lang vor Schmerz die Arbeit einstellen mußte und am folgenden Tage die Pfanneneintrocknung überhaupt nicht mehr heben konnte. Der Herr Rentant fand nach diesem Vorgang die verlorene Fassung noch nicht, er sprang auf einen anderen in dieser Pfanne tätigen Arbeiter zu und machte mit Ausnahme des Stohes das gleiche, wobei er noch schrie: „Wenn es Euch nicht paßt, könnt Ihr gehen!“ Ähnlich geht es alle Montag vormittags zu, wenn Herr Möder die Aufsicht führt. Die Arbeiter können Zeugnis über wüste Schimpfereien ablegen; sie gehen an den Rentanten nur umgen und mit ganz bestimmtem Widerwillen an ihre Arbeit, weil sie von dem Ausmaß geringerer Verdienstmöglichkeiten des Herrn Rentanten vollumfänglich genug haben. Der meiste Kerger des Rentanten entwickelt sich, weil der Pfannstein halt nicht im Trapp, Trapp entfernt wird. So die Arbeiter in der gleichen Eile arbeiten können, wie der Herr Rentant schimpft, oder ob die Arbeiter können oder nicht, ob die Arbeiter einen Unfall erleiden oder nicht, ob sie sich dabei sonstwie gesundheitlich schädigen, ist ja gleich. Der geachtete Herr weiß durch seine Minutenarbeit allerdings kaum, wie schwer diese Pfanneneintrocknung ist und daß sie gerade zu den schwersten und härtesten der Salinenarbeiten zählen. Er kümmert sich in seinem Heckerle auch nicht darum, ob die Arbeiter hinreichend Brot und sonstige Nahrungsmittel zur Erhaltung ihrer Arbeitskraft haben oder nicht. Der vorerwähnte Fall wurde zwar dem jenabehenden Richter als Unfall gemeldet; ob richtig oder ob er weiter gemeldet wurde, wissen die Arbeiter nicht. Sie wissen nur zu gut, wie es ihnen in der Behandlung ihrer Leidenswürde erging. Als dem Herrn Bürgermeister Gantner der Sozialbevollmächtigten vorgelagert wurde, meinte er: „Ich weiß die Sache bereits. Der Rentant bekam die Aufsicht an den Montag des Monats, weil die beiden Richter für nichts sind, weil keiner zu den Arbeitern was sagt und daher die Arbeit nicht geht.“ Wo stehen diesen Worten die Beweise gegenüber? Die Beweise hat der Herr Bürgermeister bis heute noch zu erbringen. Der fragliche Arbeiter - so meinte der Herr Bürgermeister weiter - hat seine Arbeit nicht getan, er wird ihn noch strafen.“ Als der Herr Bürgermeister des weiteren erfragt wurde, die Pfanneneintrocknung und wie an die königliche Generaldirektion weiterzuleiten, meinte er, das könne er nicht, er könne die Anwesen des Herrn Möder nicht untersuchen. Damit wurden die Arbeiter abgesagt. Unter diesen Umständen ist es kein Wunder, wenn die Arbeiter das Bestehen zu dieser Forstsektionstelle verlieren und sich zur Nachbesserung an eine andere Stelle werden. Wir wollen nur feststellen, daß dieser Fall einzig in der königlichen Saline in Hofenheim dasteht und in keinem anderen Deutschlands kaum seine gleichen finden dürfte. Recht ist findet sich neben der Unbilligkeit, die sich ein Urteil an den wird, eine weitere Beförderung, die diese Fälle untersucht und einmal recht genau prüft.

Kraft der jungen Leute in Anspruch genommen, aber weniger denn je ist für sie der Tisch gedeckt. Es mag daher für manchen fraglich sein, ob es jetzt angebracht sei, diese jungen Leute zum Ausmarsch an die Arbeitervereine und Sportvereine aufzufordern. Aber die Frage ist demnach zu stellen: Die Jugend muß sich im neuen Arbeitsverhältnis an einseitige, sich stets wiederholende Bewegungsformen gewöhnen, das ist in der ersten Zeit nicht nur äußerst lästig, sondern gewiß auch gar zu stark schmerzhaft für sie, die, wenn sie nicht rechtzeitig bekämpft werden, später nur schwer zu beseitigen sind und nicht selten schwere gesundheitliche Nachteile im Gefolge haben. Turnen und Sport schützen den Körper vor solchen Gefahren, denn sie gewähren dem Körper durch ihre vielseitigen Bewegungen die Möglichkeit eines Ausgleichs. An sich bedeuten die Verhältnisse eine vermehrte Arbeit und damit auch eine vermehrte Anstrengung, aber durch die allseitige Muskelspannung, in besonderer freien Formen werden sie einseitiger Ermüdung gerade entgegen. Sie unterhalten die Muskulatur und den Stoffwechselprozess in hervorragender Weise und wirken damit auf das geistige Wohlbefinden ein. Ihre Erfolge sind Kraft und Gewandtheit und ein frohes Gemüt. Jetzt, mit beginnender Sommerzeit ist es möglich, den Körper ins Freie zu verlegen und damit den Körper den Wechsellagen der Bewegung in freier, selber Luft zugänglich zu machen. Da kommt dem Sport die Einführung der Sommerzeit sehr zu Gute. In Zukunft haben die Sportler eine halbe Stunde des Abends mehr zur Verfügung, das bedeutet für die Gewerkschaft einen großen Vorteil, der aber nur dann voll ausgenutzt wird, wenn wir die gemeinsame Freizeit im Freien verbringen. Die Arbeitervereine werden nicht verschmähen, die Vorteile der Sommerzeit für sich auszunutzen, ist doch damit ein wenig länger Zeit von ihnen gewünscht, um die Erfüllung zu ermöglichen. Es mag hier bemerkt werden, daß die bekannten Jugendvereine der Arbeitervereine die Jugend nicht hindern, an den dort erteilten Veranstaltungen teilzunehmen. Wie stehen es die Arbeitervereine demgegenüber denn je die Anforderungen, sich den Arbeitervereinen anzuschließen. Gerade in der heutigen schweren Zeit können wir alle einen Sorgenfreier gestalten. Ein letzter in der Sport in allen seinen Formen, denn Turnen und Sport sind in der heutigen Zeit besser als auf dem Turn- und Sportplatz im Streife freier Genossen."

Zur ernsthafte Beachtung für Kriegersteilnehmer und ihre Familien! Millionen deutscher Familienmitglieder haben im Felde, und in der eifernen Notwendigkeit, durch immer ganz militärische Umgegründungen die Geographie zum Kriegersteilnehmer zu machen, sind alle diese Millionen keine Stunde davon getrennt, daß sie nicht an erster Stelle eingeschaltet werden müssen und ihr Leben empfehlen haben. In wieweit von ihnen werden das herabstehende Gestalt haben können, daß ihre Frauen und Kinder ohne den Schutz des Vaterlandes und finanziell gehindert den Lebenskampf weiterzuführen können. Die große Mehrheit der hinterbliebenen Familien wird jedoch ihren Eltern entsagen, weil sie ohne Vermögen und nur auf die Hilfe der Verwandten und Bekannten angewiesen, zur Bewältigung einer selbständigen Existenz nicht mehr imstande sind. Solchen Familien etwas zu helfen, ihnen eine größere Summe in die Hand zu geben, das ist der Zweck der Kriegersteilnehmer-Gesellschaft der "Vollstärker". Und dieser Zweck wird erreicht werden. Am 19. April 1916 sind für 47.119 Kriegersteilnehmer 6.578 Anteile abgekauft und dafür 347.550 Mk. eingezahlt worden. Was zu diesem Tage waren bei der Kriegersteilnehmer-Gesellschaft mit 1428 Anteilnehmern als gefallen gemeldet worden. Wenn man nun auch annehmen muß, daß Todesmeldungen noch ausstehen, so ist doch bis jetzt nach auf die Auszahlung einer Summe von nicht weniger 200 Mk. auf einen Anteilnehmern zu rechnen. Eine so günstige Versicherungsmöglichkeit kann jeder allen Familien der Kriegersteilnehmer mit gutem Gewissen empfehlen werden. Wenn nach dem Ende des hundertjährigen Kampfes die Angehörigen der Kriegersteilnehmer erlöschen, werden diejenigen sehr unglücklich sein, die vor allem haben durch Erweiterung von Anteilnehmern sich den Mitteln zu stellen.

Die Uhr in der Walpurgisnacht.

Auf Befehl der Dämonen
Süßte zum ersten Mal die Zeit,
Und der Zeiger jeder Uhr
Lief es gegen die Natur.

Neder dreht an seinem Rad,
Der sie in der Hölle hat,
Und der Mocher hoch am Anlauf
Gibt ihm ein noch einen drauf.

Wälfisch heist ein Tag heraus,
Und die Wendelstürmer nicht auf,
Für dreht sich nur um: Gut Nacht,
's ist erst sieben, schreit's auch acht.

Aber ach! die Dämonen
Wacht von allem keine Spur,
Machte sie doch einen Sprung
Ueber Krieg und Feuerzug!

Gibte doch ihr Zeiger mit,
Lobte sie mit einem Zerkniff!
Tobte was ist der Uhrenwerk?
Oben stampft dies Haderwerk!

Als einmal wohl alle Lauf,
Selber ruht die Uhren ab,
Schreit ins blaue Geheiß,
Und auf Kreiden wird es steht!

Tomon (Rhein 1916)

Der Redakteur des Schumacher-Jahrbuchs, Genosse Wilhelm Bod, ist am 28. April 70 Jahre alt geworden. Bod gehört der sozialdemokratischen Partei seit 1867 an und war schon in den vierziger Jahren hervorragend arbeitend tätig, gründete 1875 das Schumacher-Jahrbuch "Weder", 1878 den "Schumacher" und 1883 den zentralistischen Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher. Er war immer Zentralist. Seit 1884 gehört er mit wenigen Unterbrechungen dem Reichstag, seit 1893 dem Gotthardischen Landtag an, dessen Vorsitzender er bald wurde. Bei der jüngsten Neustrukturierung hat sich Bod der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft angeschlossen.

Totenliste des Verbandes.

- Daniel Gordon, Mannheim**
Pensionär
† 13. 3. 1916, 74 Jahre alt.
- Peter Besser, München**
Invalide
† 21. 4. 1916, 68 Jahre alt.
- Andreas Biller, Plattling**
Wasserbauvorarbeiter
† 18. 4. 1916, 56 Jahre alt.
- Heinr. Deltmann, Hamburg**
Gasarbeiter
† 19. 4. 1916, 57 Jahre alt.
- S. Hunthok, Mühlhausen, Th.**
Arbeiterin
† 15. 4. 1916, 61 Jahre alt.
- Wilhelm Kamm, Chemnitz**
Invalide
im Alter von 81 Jahren gestorben
- Adolf Küttge, Magdeburg**
Arbeiter
† 15. 4. 1916, 63 Jahre alt.

- Karl Reiskner, Schöneberg**
Gasarbeiter
† 24. 4. 1916, 50 Jahre alt.
- Hugo Riep, Rüssingen**
Arbeiter
† 19. 4. 1916, 29 Jahre alt.
- Karl Safran, Hannover**
Arbeiter
† 18. 4. 1916, 57 Jahre alt.
- Friedr. Schwarz, Magdeburg**
Arbeiter
† 20. 4. 1916, 56 Jahre alt.
- E. Seib, Frankfurt a. M.**
Wärterin
† 22. 4. 1916, 63 Jahre alt.
- Const. Trerick, Breslau**
Sattler
† 28. 4. 1916, 59 Jahre alt.
- August Wolf, Breslau**
Berater i. Karball
† 29. 4. 1916, 53 Jahre alt.



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- Willi Guk, Hamburg**
am 10. April 1916 im Alter von 26 Jahren im Lazarett gest.
- Eurt Dietrich, Dresden**
im April 1916 im Alter von 25 Jahren in Frankreich gefallen.
- Seb. Fellner, Nürnberg**
am 2. April 1916 im Alter von 41 Jahren im Lazarett gest.
- Hermann Gössel, Chemnitz**
im Lazarett gestorben.
- Franz Grab, Mannheim**
am 13. März 1916 im Alter von 37 Jahren gefallen.
- Carl Heinemann, München**
am 12. April 1916 im Alter von 45 Jahren im Lazarett gest.
- J. Imhoff, Gebweiler i. E.**
am 12. März 1916 im Alter von 64 Jahren gefallen.
- Heinr. Mürker, Köln**
am 13. April 1916 im Alter von 27 Jahren im Felde gefallen.

- Richard Otto, Chemnitz**
im Alter von 26 Jahren in Frankreich gefallen.
- Georg Rager, Nürnberg**
am 21. April i. Alter v. 28 Jahren i. Weis-Lazarett Angoldstadt gest.
- Walter Röhner, Chemnitz**
im Alter von 31 Jahren in Frankreich gefallen.
- H. Schwendner, Frankf. a. M.**
am 7. April 1916 im Alter von 43 Jahren gefallen.
- Franz Springer, Berlin**
am 18. März 1916 im Alter von 43 Jahren gefallen.
- S. Steigenberger, München**
am 25. April 1916 im Alter von 38 Jahren bei Verdun gefallen.
- Christ. Widmann, Hamburg**
am 12. April 1916 im Alter von 41 Jahren im Lazarett gest.
- Gustav Anbrhann, Jena**
am 5. April 1916 im Alter von 34 Jahren in Frankreich gefallen.

Ghre ihrem Andenken!